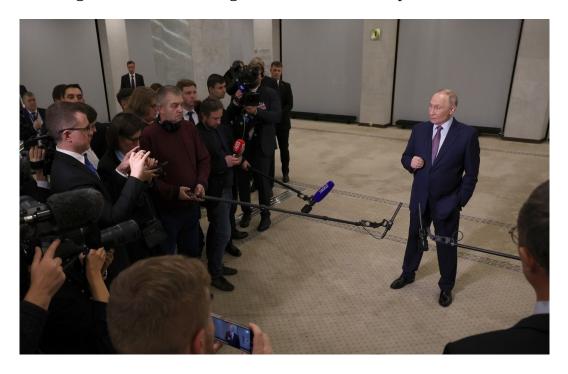
Putin zur Absage bzw. Verschiebung des Treffens in Budapest



23.10.2025

Antworten auf Fragen der Medien

Nach einer Sitzung des Kuratoriums der Russischen Geografischen Gesellschaft beantwortete Wladimir Putin Fragen von Medienvertretern.

Frage: Gestern haben wir eine weitere Erklärung des US-Präsidenten gehört, in der es darum ging, ob er sich mit Ihnen treffen wird oder nicht, und auch um die Ukraine-Krise. Fast zeitgleich verhängten die USA Sanktionen gegen russische Ölkonzerne.

Heute hat die EU eine weitere Runde von Sanktionen gegen Russland verhängt, diesmal mit einem Verbot von Toilettenschüsseln, motorisierten Spielzeugen, Puzzles und Dreirädern.

Was halten Sie davon?

Wladimir Putin: Die Tatsache, dass sie die Einfuhr unserer Toilettenschüsseln gestrichen haben, wird sie teuer zu stehen kommen. Ich denke, sie werden sie brauchen, wenn sie ihre Politik gegenüber der Russischen Föderation beibehalten.

Was soll ich zu der Erklärung des US-Präsidenten sagen? In dem letzten <u>Telefongespräch</u> wurden die Idee eines Treffens und der Veranstaltungsort von der amerikanischen Seite vorgeschlagen. Ich stimmte der Idee zu und brachte meine diesbezüglichen Ansichten zum Ausdruck, wobei ich darauf hinwies, dass solche Treffen zweifellos gut vorbereitet werden müssen. Es wäre ein Fehler, wenn der US-Präsident und ich die Sache auf die leichte Schulter nehmen und aus diesem Treffen ohne das erwartete Ergebnis hervorgehen würden.

Zugegebenermaßen stimmte der US-Präsident dem voll und ganz zu und sagte, dass eine Reihe von Beamten der derzeitigen Regierung an der Vorbereitung dieses Treffens arbeiten würden. Er nannte einige von ihnen, und ich sagte, dass wir, sobald die amerikanische Seite die Liste derjenigen fertiggestellt hat, die das Treffen vorbereiten werden, auch bekannt geben werden, wer von russischer Seite daran beteiligt sein wird. Aber in der Anfangsphase sollten die ersten Schritte in diese Richtung zweifellos vom russischen Außenminister Lawrow und dem US-Außenminister Rubio unternommen werden. Das haben wir beschlossen.

Nun sehe ich – ich habe die Erklärung gelesen –, dass der US-Präsident beschlossen hat, dieses Treffen abzusagen oder vielmehr zu verschieben. Was soll ich dazu sagen? Dialog ist immer besser als Konfrontation, Streitigkeiten oder gar Krieg. Deshalb haben wir den Dialog immer unterstützt und tun dies auch weiterhin.

Nun zu den neuen Sanktionen. Erstens sind sie nichts Neues. Sie werden natürlich schwerwiegende Folgen für uns haben, aber sie werden unser wirtschaftliches Wohlergehen nicht wesentlich beeinträchtigen.

Es ist bekannt, dass Präsident Trump während seiner ersten Amtszeit die meisten Sanktionen verhängt hat, die jemals gegen die Russische Föderation verhängt wurden. Heute haben sie zwei Aspekte, nämlich einen politischen und einen wirtschaftlichen.

Worüber sprechen wir in Bezug auf den politischen Aspekt? Es handelt sich um einen Versuch, Druck auf Russland auszuüben. Aber kein Land und kein Volk mit Selbstachtung trifft jemals Entscheidungen unter Druck. Zweifellos hat Russland das Privileg, sich zu diesen Ländern und Völkern mit Selbstachtung zu zählen. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist rein wirtschaftlicher Natur.

Was den politischen Aspekt angeht, so handelt es sich natürlich um einen unfreundlichen Schritt gegenüber Russland. Das ist klar und trägt nicht zur Stärkung der gerade erst beginnenden Annäherung zwischen Russland und den USA bei. Natürlich schaden solche Maßnahmen der US-Regierung den Beziehungen zwischen Russland und den USA.

Was den wirtschaftlichen Aspekt angeht, möchte ich noch einmal betonen, dass es hier sicherlich nichts Gutes oder Angenehmes gibt. Wenn wir jedoch die wirtschaftliche Seite dieser Sanktionen objektiv und professionell betrachten, was stellen wir dann fest?

Derzeit produzieren die USA meiner Meinung nach etwa 13,5 Millionen Barrel pro Tag und liegen damit an erster Stelle. Saudi-Arabien liegt mit rund 10 Millionen Barrel an zweiter Stelle und die Russische Föderation mit etwa 9,5 Millionen Barrel pro Tag an dritter Stelle. Die USA verbrauchen jedoch 20 Millionen Barrel. Sie verkaufen einen Teil davon und kaufen noch mehr, vor allem aus Kanada. Sie produzieren also 13,5 Millionen, verbrauchen aber 20 Millionen.

Unterdessen verkaufen die Russische Föderation und Saudi-Arabien mehr Öl und Erdölprodukte. Ich mag mich in einigen Details irren, vielleicht vermische ich etwas vor Ort, aber die allgemeine Reihenfolge entspricht der Realität. Und wie sieht diese Realität aus? Saudi-Arabien exportiert etwa 9 Millionen Tonnen Öl und Erdölprodukte auf externe Märkte, während die Russische Föderation 7,5 Millionen exportiert. Das heißt, unser Beitrag zur globalen Energiebilanz ist sehr bedeutend, sogar überaus bedeutend. Derzeit dient diese Bilanz sowohl den Interessen der Verbraucher als auch

denen der Produzenten. Diese Bilanz zu stören, ist eine äußerst undankbare Aufgabe, auch für diejenigen, die dies versuchen. Warum?

Zunächst ist anzumerken, dass die Gesamtproduktion derzeit auf einem Plateau liegt. Natürlich könnte ein Teil – wenn auch sicherlich nicht alles, da dies unmöglich wäre – der russischen Öl- und Erdölprodukte auf dem Weltmarkt ersetzt werden. Aber erstens braucht dies Zeit. Zweitens erfordert es erhebliche Investitionen.

Kürzlich hat die Internationale Energieagentur erstmals bekannt gegeben, dass sie Wirtschaftsakteure dazu auffordert und ermutigt, in Kohlenwasserstoffenergie zu investieren.

Bislang wurde das Gegenteil befürwortet, auch im Rahmen der Internationalen Energieagentur, mit Aufrufen, in alternative Energiequellen zu investieren. Das ist in der Tat notwendig. Es ist jedoch klar geworden, dass Kohlenwasserstoffe zumindest in den kommenden Jahren, wenn nicht sogar Jahrzehnten, unverzichtbar bleiben werden. Dies ist angesichts des steigenden Verbrauchs offensichtlich. Die Weltwirtschaft wächst und der Verbrauch an Energieressourcen steigt.

Daher ist es nicht möglich, die Produktion kurzfristig stark zu steigern. Sollte jedoch die Menge unserer Öl- und Erdölprodukte auf dem Weltmarkt abrupt sinken, würden die Preise steigen, und ich habe dies auch mit meinem amerikanischen Amtskollegen besprochen. Was würde dies zur Folge haben? Es würde zu einem starken Anstieg der Kosten für Öl und Erdölprodukte führen, auch an den Tankstellen – und die USA bilden da keine Ausnahme. Wenn wir den innenpolitischen Kalender der USA betrachten, wird deutlich, wie sensibel bestimmte Prozesse in diesem Zusammenhang werden könnten. Diejenigen, die die derzeitige [US-]Regierung bei solchen Entscheidungen beraten, sollten sich überlegen, wem sie eigentlich dienen.

Das ist jedoch nicht der springende Punkt. Für uns ist etwas anderes von Bedeutung: Wir fühlen uns zuversichtlich und stabil, und trotz gewisser Verluste (die unvermeidlich sind, da sie mit vielen Umständen zusammenhängen) bleibt unser Energiesektor ausreichend zuversichtlich.

Ich hoffe, dass dies nicht zu erheblichen Veränderungen auf dem Weltmarkt führen wird, obwohl nun alle – ich stimme hier mit der Internationalen Energieagentur überein – über die Notwendigkeit nachdenken müssen, in traditionelle Energie, in konventionelle Energiequellen zu investieren. Wir tun dies und beabsichtigen, dies auch weiterhin zu tun.

Wenn wir uns letztendlich vom Druck lösen und stattdessen ernsthafte Diskussionen über die Zukunft führen, auch im wirtschaftlichen Bereich, gibt es viele Bereiche für eine gemeinsame Arbeit. Wir sind im Allgemeinen dazu bereit, aber wie wir sehen, hängt dies nicht nur von der Russischen Föderation ab, sondern auch von unseren Partnern, in diesem Fall den Amerikanern.

Frage: Wie beurteilen Sie persönlich die offensichtlich widersprüchlichen Signale aus Washington hinsichtlich des Einsatzes westlicher Langstreckenwaffen? Kürzlich berichteten die *Washington Post* und das *Wall Street Journal*, dass die USA eine wichtige Beschränkung für den Einsatz solcher Waffen aufgehoben hätten. Dann erklärte Trump, dass Tomahawks doch nicht geliefert würden. Vor einer Stunde behauptete Selensky erneut, dass die Ukraine Waffen erhalten werde, die Ziele in einer Entfernung von bis zu 3.000 Kilometern treffen können.

Ist dies Ihrer Meinung nach immer noch eine Eskalation?

Wladimir Putin: Dies ist ein Versuch der Eskalation. Wenn solche Waffen jedoch zum Angriff auf russisches Territorium eingesetzt werden, wird die Reaktion sehr ernst, wenn nicht sogar überwältigend sein. Das sollten sie bedenken.